

Medienmitteilung

## Vorgeschlagene Stossrichtung der Regierung zur Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III im Kanton Solothurn

### Richtige Stossrichtung – verspäteter Informationszeitpunkt

Die BDP Kanton Solothurn hat bereits in ihrer Mitteilung vom 3. November 2016 bekräftigt, dass sie die von der Regierung vorgeschlagene Strategie betreffend Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) unterstützt. Insbesondere die Senkung der Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen auf unter 13 % begrüsst die BDP Kanton Solothurn. Bedauerlich ist, dass die Regierung nicht schon früher über diese Teilprojekte informiert hat.

Die BDP Kanton Solothurn nimmt zufrieden Kenntnis davon, dass die Regierung an ihrer im November 2016 vorgeschlagenen Stossrichtung festhält. Die Senkung der Gesamtsteuerbelastung auf unter 13 % ist dabei ein wichtiges und zentrales Element. Der Kanton Solothurn erhöht damit die Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort.

Die Vorschläge der vier Teilprojekte bringen endlich etwas Licht ins Dunkel. Es ist längst überfällig, dass die Regierung die Bevölkerung über allfällige Kompensationsmassnahmen informiert. Insbesondere hinsichtlich der bevorstehenden eidgenössischen Abstimmung vom 12. Februar 2017 sind diese Informationen sehr wichtig. Somit können einige Argumente der Gegner der USR III entkräftet werden. Es ist zwar richtig, dass wir am 12. Februar 2017 lediglich über das nationale Gesetz abstimmen, die solothurner Bevölkerung soll jedoch so früh wie möglich erfahren, mit welchen Auswirkungen bei einer Annahme der USR III auf unseren Kanton zu rechnen ist.

Die BDP Kanton Solothurn ist auch zufrieden mit den Vorschlägen in den Bereichen Soziale Sicherheit und Bildung. Insbesondere die gesetzliche Verankerung der Beiträge von Unternehmungen zur Entlastung von Kanton und Gemeinde ist zu begrüessen. Sie zeigt konkret auf, dass die Unternehmen, welche durch die Reform entlastet werden, ihren Teil zur Kompensation beitragen müssen.

Ebenfalls begrüsst wird der Vorschlag, die betroffenen Gemeinden mittels Finanzausgleich eine befristete Zeit lang zu unterstützen. Weiterhin Sorgen macht sich die BDP Kanton Solothurn um die Kantonsfinanzen. Sie kann sich immer noch nicht vorstellen, dass die Steuerausfälle ohne weiteren Massnahmenplan zu kompensieren sind. Eine Steuererhöhung für natürliche Personen bleibt für die BDP Kanton Solothurn ein Tabu.

#### Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78  
Martin Flury, Kantonsrat, 079 720 89 51

3.02.2017